

NDR Info Podcast

12.03.2022 / 19.35-20.00 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

13.03.2022 / 12.35-13.00 Uhr

Joachim Hagen/Julia Weigelt

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Themen:

- **SCHWERPUNKT**
Europäische Sicherheitsordnung - Auch ohne Putins Russland?
- **SICHERHEITSPOLITISCHE NOTIZEN**
 - Geldsehen für die Bundeswehr? Wird nun wirklich alles besser?
 - Tschetschenien Vorbild für Russlands Strategie in der Ukraine?

Abschrift Schwerpunkt

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Hagen:

Der russische Angriff auf die Ukraine hat die gesamte Sicherheitsordnung in Europa über den Haufen geworfen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion waren alle NATO-Mitgliedstaaten davon ausgegangen, dass es nur noch darum gehen sollte, eine Friedensordnung zu finden, die die Bedürfnisse beider Seiten berücksichtigt. Schon damals hieß es, Sicherheit in Europa könne es nur mit Russland geben und nicht gegen Russland. Diese Hoffnung liegt nun in Trümmern. Wie kann eine neue europäische Sicherheitsordnung jetzt aussehen? Was muss sich ändern? Was kann möglicherweise noch gerettet werden? Mein Kollege, Jerry Sommer, hat recherchiert und mit verschiedenen Experten darüber gesprochen. Er ist uns jetzt von Düsseldorf aus zugeschaltet. Hallo, Jerry.

Sommer:

Hallo, Julia! Hallo, Joachim!

Hagen:

Lass uns zunächst noch mal etwas ausholen. Wie sieht die europäische Sicherheitsordnung zurzeit aus? Welche Elemente gehören überhaupt dazu?

Sommer:

Die europäische Sicherheitsordnung besteht aus mehreren Elementen. Vielleicht kann man auch sagen: bestand aus mehreren Elementen. Den Beginn machte wahrscheinlich die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975, also noch zu Zeiten der Blockkonfrontation. Und unter den Bedingungen des Kalten Krieges wurden damals die UN-Prinzipien, Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen, friedliche Beilegung von Konflikten - und so weiter - gemeinsam betont. Dann kamen 1990, die sogenannte „Charta von Paris“. Das war nach dem Kalten Krieg, nach der Vereinigung Deutschlands. Und da verständigten sich alle KSZE-Staaten darauf, nicht nur die UN-Normen, sondern auch gemeinsame politische Normen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit zu vereinbaren und das Ziel war, eine gemeinsame Sicherheitspartnerschaft für ganz Europa zu schaffen.

Weigelt:

Jerry, sag noch einmal kurz „KSZE“ - was ist damit gemeint?

Sommer:

Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - die die Nachfolgeorganisation die sogenannte OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist.

Hagen:

Ist die europäische Friedensordnung denn jetzt ein Trümmerhaufen?

Sommer:

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist brutal, völkerrechtswidrig und muss natürlich so schnell wie möglich beendet werden. Er verletzt zentrale Regeln der europäischen Friedensordnung und des internationalen Rechts. Und er bringt natürlich vor allen Dingen unglaubliches Leid für die Menschen in der

Ukraine und ist durch nichts zu rechtfertigen. Meiner Meinung nach, auch nicht durch Hinweise auf Fehlverhalten von USA oder NATO in der Vergangenheit. Aber man sollte auch nicht so tun, als wäre vorher alles in Butter gewesen, als wäre die europäische Friedensordnung stabil und sicher gewesen.

Weigelt:

Kannst du das noch einmal erläutern: In der europäischen Sicherheitsordnung sind Prinzipien festgelegt, zum Beispiel die Unverletzbarkeit von Grenzen. Und gegen diese Prinzipien hat Russland mit dem Angriff auf die Ukraine klar verstoßen...

Sommer:

Natürlich. Aber man muss ja auch ein bisschen zurückdenken - der Kosovo-Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Der fand ohne UN-Mandat statt und wurde deshalb auch von vielen Juristen als Bruch des Völkerrechts angesehen. Und wir wollen gar nicht erst über den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA und einiger NATO-Bündnispartner auf Irak reden. Aber in Europa wurden dann eben auch eine Reihe von Rüstungskontrollverträgen durch die USA aufgekündigt. Da war zuerst die Kündigung des Raketenabwehrvertrages 2002, dann war es die Kündigung des INF-Vertrages über landgestützte Mittelstreckenraketen durch Trump vor ein paar Jahren. Und es gab über die ganze Zeit der letzten 20 oder 30 Jahre die Ausweitung der NATO nach Osten, die Stationierung dann auch noch von Raketenabwehrsystemen der USA in Rumänien und bald in Polen. Alles Dinge, die ein zentraler Player der europäischen Sicherheitsordnung, nämlich Russland, als gegen seine Sicherheit gerichtet empfunden hat.

Weigelt:

Das ist jetzt alles die Wahrnehmung Moskaus. Gleichzeitig hat Russland die Grundprinzipien der europäischen Sicherheitsordnung in der Charta von Paris ausdrücklich anerkannt. Und jetzt hat Moskau mit dem Angriff auf die Ukraine Wortbruch begangen...

Sommer:

Ja, unbestreitbar, elementare Regeln des Völkerrechts sind durch Russland gebrochen worden. Aber man darf auch nicht vergessen - in der Charta von Paris und in anderen Verträgen der 90er-Jahre, da stand auch, dass man eine unteilbare Sicherheit schaffen will, dass die Sicherheit des einen nicht auf Kosten der Sicherheit des anderen gehen darf. Dass die OSZE, also die Nachfolgeorganisation der KSZE, ein zentraler Pfeiler der Sicherheitsordnung in Europa sein wird. Und das hat alles nicht stattgefunden. Insbesondere Rüstungskontrolle in Europa ist erodiert, wofür die USA die Hauptverantwortung tragen. Und um ein Beispiel zu nennen: Der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz bis vor kurzem, Wolfgang Ischinger, hat zum Beispiel den NATO-Beschluss 2008 für die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens als „Sündenfall der NATO“ bezeichnet.

Hagen:

Das musst du etwas genauer erklären. Meint Ischinger, man hätte nicht sagen sollen, die beiden Länder werden NATO-Mitglieder, ohne einen Zeitplan zu nennen? Es gibt doch inzwischen auch die Position, man hätte damals die Ukraine aufnehmen sollen, dann hätte Moskau sich gar nicht erst getraut, die Ukraine anzugreifen.

Sommer:

Ja, um auf Ischinger zurückzukommen, der meint tatsächlich, dass Deutschland und Frankreich dem geopolitischen Anliegen von George W. Bush, dem damaligen US-Präsidenten, die Ukraine und Georgien überhaupt mit einer Beitrittsperspektive auszustatten, hätten Deutschland und Frankreich viel härter widersprechen müssen. Und man sollte auch nicht vergessen, es gab damals keinen Aufnahmeantrag der Ukraine. Nur 20 Prozent der Ukrainer waren damals für einen NATO-Beitritt. Das sieht jetzt natürlich anders aus. Es gab also damals gar nicht die Voraussetzungen für einen NATO-Beitritt dieser Länder, und man wusste im Westen vor allem, dass Russland das als besonders bedrohlich für sich ansehen würde.

Weigelt:

Was sind denn Beispiele, wo deiner Meinung nach die europäische Sicherheitsordnung nicht funktioniert hat?

Sommer:

Den NATO-Beschluss von 2008 und ein weiteres Beispiel hat mir in einem Interview der Oberst a. D. Wolfgang Richter, ein Sicherheitsexperte der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, genannt:

O-Ton Richter:

„Die Rüstungskontrolle in Europa ist völlig erodiert. Ich glaube, dass wir in der Vergangenheit auch den Fehler gemacht haben, dass wir das haben schleifen lassen oder ganz auslaufen lassen. Das hätte uns viel Ärger erspart, wenn wir das KSE-Anpassungsabkommen ratifiziert hätten. Die Russen haben das getan. Es war nicht nötig, geopolitische rote Linien für Moskau zu überschreiten. Das wussten wir doch schon 2008. Trotzdem hat George W. Bush in diese Richtung gedrängt.“

Weigelt:

Also, geopolitische rote Linien für Russland 2008. Damit meint Richter die Entscheidung der NATO, die Ukraine und Georgien in die NATO aufzunehmen. Aber in diesem Abschlussdokument des NATO-Gipfels war kein Zeitplan enthalten...

Sommer:

Ja, weil Deutschland und Frankreich sich da zumindest haben durchsetzen können, obwohl sie den Grundsatzbeschluss zur NATO-Mitgliedschaft dann letztlich doch mitgetragen haben. Und das ist auch ohne Zeitplan für morgen oder übermorgen für Russland eine rote Linie, weil man die NATO als Bedrohung empfindet. Und erst recht, je näher sie an die russische Grenze vorrückt. Das ist zwar nach meiner Einschätzung eine übertriebene Bedrohungswahrnehmung durch die russische Führung, aber wenn das so ist, dann hätte man das ernst nehmen müssen. Man hätte sich auch mal in den anderen hineinversetzen und nach gemeinsamen Lösungen suchen müssen. Das hat man aber nicht. Russische Sicherheitsinteressen wurden einfach ignoriert. Also: auch vor

dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hatten wir keine schöne, stabile europäische Sicherheitsordnung.

Hagen:

Also, du sagst, diese europäische Sicherheitsordnung hat schon lange Defizite gehabt oder sie hatte eine Schiefelage. Aber wie kann es jetzt mit dieser Sicherheitsordnung weitergehen? Nach dem Überfall Putins auf die Ukraine? Kann sie repariert werden? Oder muss sie ganz neu aufgebaut werden? Kann es jetzt überhaupt eine Sicherheitsordnung mit Putins Russland geben? Es ist im Moment wirklich viel von „Zeitenwende“ die Rede.

Sommer:

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine - das ist natürlich ein entscheidender Einschnitt. Jetzt sterben Menschen, Millionen fliehen, Häuser werden bombardiert. Aber ich denke, ein paar sehr gravierende, entscheidende Faktoren darf man doch jetzt nicht einfach ausblenden und negieren.

Erstens: Russland ist eine nukleare Supermacht, ebenso wie die USA. Und die Gefahr eines Atomkrieges zu reduzieren oder gar zu beseitigen, muss mit Russland besprochen und mit Russland in Verhandlungen irgendwie gelöst werden. Und zwar unabhängig davon, wer in Russland regiert. Ich denke, man kann auch nicht warten, bis Putin abtritt oder von innen gestürzt wird. Da habe ich auch meine Zweifel. Ich kann mich natürlich irren, ob das mittelfristig möglich ist, obwohl man jetzt natürlich einige Proteste gegen seinen Kriegskurs sieht. Aber abgesehen davon, sollte man doch auch mal darüber nachdenken, ob ein Nachfolger von Putin wirklich weniger nationalistisch und aggressiv sein würde oder nicht. Wir haben auch das Beispiel des Irans. Da haben die US-Sanktionen von Trump dazu beigetragen, dass noch repressivere Kräfte an die Regierung gekommen sind.

Und das Zweite, was man nicht vergessen darf: Russland wird nicht von der Landkarte getilgt werden - selbst wenn versucht wird, wie es die Außenministerin Anna-Lena Baerbock formuliert hat, mit den Sanktionen Russlands Wirtschaft zu „ruinieren“. Deshalb die Frage: geht eine europäische Friedensordnung ohne Russland? Dazu hat Harald Kujat, der deutsche General a. D. - den wir auch schon am Anfang in dem Zitat gehört haben - mir geantwortet und

sich berufen auf die Einschätzung von Egon Bahr, dem Architekten der Ostpolitik Willy Brandts und dem späteren Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik:

O-Ton Kujat:

„Für die Sicherheitsordnung Europas sind die Vereinigten Staaten unverzichtbar - und Russland unverrückbar. Das war Egon Bahr. Das sagt ja im Grunde genommen aus, dass wir keine Alternative haben, als Russland in eine europäische Sicherheitsarchitektur einzubeziehen, auf die eine oder andere Weise. Und wenn wir Russland ausgrenzen würden, dann würden wir natürlich das Risiko, dass es zu weiteren Konflikten in der Zukunft kommt, eher vergrößern als verringern.“

Hagen:

Aber Jerry, wie soll das möglich sein, mit einem Aggressor, der gerade einen Angriffskrieg führt, eine neue Sicherheitsordnung aufzubauen?

Sommer:

Mit einem, der gerade einen Angriffskrieg führt, wird es nicht möglich sein. Und danach eine neue Sicherheitsordnung aufzubauen, wird zweifellos schwierig sein. Aber was ist denn die Alternative? Reichen denn noch so scharfe wirtschaftliche Sanktionen und ein Setzen auf militärische Stärke, mehr Waffen, mehr Truppen in den östlichen NATO-Staaten und neue Kampfflugzeuge für die Bundeswehr, die US-Atomraketen über Russland abwerfen könnten - reichen solche Maßnahmen aus, um eine europäische Sicherheitsordnung zu schaffen, die wirklich diesen Namen verdient? Also ich glaube das nicht. Führt es nicht vielmehr zu einer weiteren Aufrüstung auch Russlands, in eine gegenseitige Rüstungs-Eskalation? Was hätte das für Folgen, zum Beispiel auch für den Hunger in der Welt, die Bekämpfung der Klimaerwärmung? Die Friedens- und Konfliktforscherin Martina Fischer von „Brot für die Welt“ hat große Befürchtung, das sagte sie mir in einem Interview:

O-Ton Fischer:

„Wenn alles Geld, was wir haben, jetzt ins Militär investiert wird, das dann für die Bewältigung der großen Krisen, also der Klimakrise und der Pandemien und auch dem Artensterben eben nicht mehr wirklich entgegengewirkt werden kann. Und dass man diese Krisen dann nicht mehr bewältigen kann, dafür wer-

den wir dann einfach keine Mittel mehr haben. Und das wäre tragisch. Und ja davon hängt nun auch das Überleben der Menschheit ab.“

Weigelt:

Wie können denn Bedingungen dafür geschaffen werden, dass man wieder über eine europäische Friedensordnung und Rüstungskontrolle redet?

Sommer:

Sicher ist es das Wichtigste, schnell zu einem Waffenstillstand in der Ukraine zu kommen, das Töten zu beenden und das Problem zu versuchen auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Das kann nicht gehen, ohne dass alle Seiten - sowohl die Ukraine als auch Russland, aber auch die USA und die NATO - von ihren Maximalpositionen abrücken. Ich denke, da würde es auch immens helfen, wenn die NATO - oder zumindest Deutschland und Frankreich - klar und laut sagen, dass sie eine Neutralität der Ukraine - oder zumindest ein Moratorium - für 10-20 Jahre für die NATO-Mitgliedschaft von der Ukraine und Georgiens befürworten.

Weigelt:

Damit müssen dann allerdings auch die Ukrainer einverstanden sein. Man kann jetzt nicht über deren Kopf entscheiden. Und bisher heißt es immer noch, dass jedes Land frei sei, einem Bündnis beizutreten...

Sommer:

Das stimmt, jedes Land ist frei, einem Bündnis beizutreten. Aber kein Land hat ein Recht darauf, zum Beispiel von der NATO aufgenommen zu werden. Dieser zweite Teil wird häufig vergessen. Es wird auch vergessen, dass man in Europa eigentlich das Ziel einer Sicherheit haben muss, einer gemeinsamen Sicherheit wo Maßnahmen der einen Seite nicht auf Kosten der Sicherheit der anderen Seite gehen. Und es ist doch auch ein Fakt, dass die Ukraine weder heute noch morgen oder übermorgen in die NATO aufgenommen werden wird. Deshalb wäre es, meiner Meinung nach, auch gut, dass die NATO insgesamt oder zumindest ein Schwergewicht in der NATO sich für solch ein Moratorium ausspricht und damit auch das begonnene Umdenken in der Ukraine unterstützt, um das Blutvergießen jetzt zu beenden. Denn die Verhandlungen, die in

den vergangenen Tagen stattgefunden haben, haben bisher kein Ergebnis gezeigt. Aber immerhin hat die ukrainische Seite jetzt mehrfach erklärt, dass sie über ein Sicherheitsmodell ohne NATO-Mitgliedschaft zu diskutieren bereit ist. Ich glaube, um möglichst schnell einen Waffenstillstand zu erreichen, ist auch darüber hinaus ein Angebot des Westens an Russland unter bestimmten Bedingungen Sanktionen zurückzunehmen und nicht auf ewig zu lassen, sinnvoll. Aber kommen wir zurück zu dem für Russland wohl entscheidenden Punkt der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Der deutsche General Harald Kujat befürwortet schon seit langem eine sogenannte „konditionierte Neutralität“ der Ukraine und er hält das immer noch für sinnvoll, weil es in der NATO immer noch keine Einstimmigkeit für eine Mitgliedschaft gebe, weil auch in der Ukraine selbst ein hohes Demokratiedefizit herrscht, Korruption herrscht, all das, was nicht den NATO-Kriterien für eine Mitgliedschaft entspricht. Und vor allem, weil eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht die Sicherheit der NATO erhöht, sondern sie wegen der Konfrontation mit Russland vermindert. Harald Kujat:

O-Ton Kujat:

„Da ist aus meiner Sicht immer noch das richtig, was Henry Kissinger 2014 gesagt hat. Er hat nämlich gesagt: die Ukraine darf nicht zu einem Vorposten Russlands gegenüber dem Westen werden. Sie darf aber auch nicht zu einem Vorposten des Westens gegenüber Russland werden, sondern wenn die Ukraine gedeihen will, wenn sie in Sicherheit leben will, wenn sie aufblühen soll, dann - hat er gesagt - dann muss sie eine Brücke bilden zwischen West und Ost. Und das kann sie, indem sie eine - er nannte es - eine konsolidierte Neutralität einnimmt. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass dies ein Kompromiss ist, in gewisser Weise auch ein Interessenausgleich zwischen dem Westen und Russland.“

Hagen:

Aber ist eine solche konsolidierte Neutralität überhaupt in der EU oder der NATO konsensfähig? Ist das denn die Voraussetzung, um überhaupt wieder über eine europäische Sicherheitsordnung und Rüstungskontrolle mittelfristig mit Russland ins Gespräch zu kommen?

Sommer:

Konsensfähig, müsste ja erst einmal nur in der Ukraine sein. Ob das allerdings dann wirklich entscheidend ist, wie Kujat vermutet, um Türen auch zu öffnen für

weitere Fragen der Rüstungskontrolle, da habe ich meine Zweifel, ob das wirklich als Voraussetzung nötig ist, ganz egal, wie der Krieg ausgeht. Völlig klar ist aber, dass es sehr, sehr viel schwieriger wird, hinterher wieder in Verhandlungsprozesse einzusteigen nach diesem Überfall Russlands auf die Ukraine. Rüstungskontrollmaßnahmen mögen theoretisch wichtiger sein als jemals zuvor, aber darüber gibt es keinen Konsens in der NATO und auch Widerstand, vor allem aus den baltischen Ländern und Polen. Und es wird einige Zeit dauern, bevor wieder etwas in Richtung Rüstungskontrolle in Gang kommt.

Weigelt:

Aber wenn wir jetzt schon mal ein bisschen in die Zukunft schauen wollen: wie kann denn dieser Dialog wieder in Gang gesetzt werden? Bisher setzt man auf Seiten der NATO vor allem auf Abschreckung und höhere Verteidigungsausgaben. Der Dialog spielt im Augenblick eher eine untergeordnete Rolle...

Sommer:

Ja, im Moment eigentlich gar keine Rolle, sondern es wird fast ausschließlich nur über mehr militärische Stärke der Bundeswehr und der NATO gesprochen. Das ist zwar meiner Meinung nach verständlich, mitten in einem Angriffskrieg Russlands, aber ich denke, es ist kurzsichtig. Sicherheit ohne Russland wird in Europa auch weiterhin nicht möglich sein. Und eine Reihe von Politikern und Sicherheitsexperten, zum Beispiel vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, haben vor dem Überfall Russlands eine Idee in die Diskussion gebracht, nämlich zum 50. Jahrestag der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit 2025 eine Art KSZE 2 zu planen.

Hagen:

Das musst du noch einmal kurz erklären. 50 Jahrestag. Du beziehst dich auf die Helsinki-Schlussakte von 1975 oder? Das war aber doch noch im Kalten Krieg, oder?

Sommer:

Das war im Kalten Krieg. Aber da wurden Prinzipien zwischen damals doch sehr verfeindeten Staaten - nämlich den NATO-Staaten, den Warschauer-Pakt-

Staaten und auch allen anderen, den neutralen Staaten und Europa unter Einbeziehung der USA - da wurde sich auf Prinzipien geeinigt eines Modus Vivendi. Und da Russland ein großes Land ist und eine nukleare Supermacht bleiben wird, könnte eine solche Konferenz erneut eine Art Modus Vivendi unter den heutigen Bedingungen herzustellen, helfen. Auch der russische Außenpolitikexperte Alexey Gromyko, der übrigens für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine plädiert, hält das für eine Möglichkeit, um sozusagen aus dieser Konfrontation herauszukommen. Denn, er sagt, es sei eine historische Erfahrung, dass auch nach scharfen internationalen Zuspitzungen wie zum Beispiel der Kuba-Krise nach einiger Zeit wieder gesprochen und verhandelt wurde. Das sagte mir in einem Interview Alexey Gromyko, der Direktor der Europaabteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften:

O-Ton Gromyko:

“We can judge only from history. And history tells us that even when something similar happened in the past, there were possibilities taken by both sides to deescalate and to find some common ground. So I shared totally your opinion that 2025, as the anniversary of the Hero ethnic Final Act, may become a year when something very fundamental may take place in the sphere of European security.”

Sommer:

2025, also der Jahrestag des Helsinki-Abkommens, könnte für die europäische Sicherheitsarchitektur wichtig sein, meint Gromyko. Besonders, ergänzte er, wenn man bald anfängt, ihn vorzubereiten und auch konkrete Fragen der Rüstungskontrolle ins Auge fasst.

Weigelt:

Moskau hat vor dem Ukraine-Krieg vertraglich fixierte Sicherheitsgarantien von der NATO und den USA gefordert. Russland hatte zwei Vertragsentwürfe eingereicht, Ende 2021 und darin auch eine Reihe von Rüstungskontrollvorschlägen gemacht. Die USA und die NATO haben zwar die Forderungen nach einem Ende der NATO-Erweiterung abgelehnt und gleichzeitig diese Rüstungskontrollvorschläge allerdings für diskussionswürdig gehalten. Gibt es da also

doch gewisse gemeinsame Interessen, auf die man jetzt aufbauen kann, um solche Gespräche wieder in Gang zu bringen?

Sommer:

Ich denke, es gibt gemeinsame Interessen - denn eigentlich haben alle Staaten kein Interesse an einem Aufrüstungswettlauf und kein Interesse an einer Destabilisierung der internationalen Lage. Die Frage ist, ob die Befürworter von Sicherheit auch durch politische Entspannung und Rüstungskontrolle sich durchsetzen können gegen diejenigen mächtigen Interessen auf beiden Seiten, die vor allem in Militär und Rüstung das Mittel sehen, um eine Sicherheit zu schaffen.

Weigelt:

Ein Punkt ist die sogenannte strategische Stabilität. Die USA hatten in ihrer Antwort an Russlands Vertragsentwürfe vor der Invasion noch erklärt, dass sie über die weitreichenden Nuklearwaffen sowie auch über die weniger weitreichenden Nuklearwaffen weiterhin mit Russland verhandeln wollen. Also das sind diese strategischen und taktischen Atomwaffen. Allerdings haben sie jetzt wegen des Angriffskrieges Russlands die sogenannten „Strategic Stability Talks“ erst einmal ausgesetzt...

Sommer:

Ja, die haben sie ausgesetzt. Und es ist auch verständlich in dieser Kriegssituation. Aber tatsächlich sind die strategischen Nuklearwaffen eine Ebene, wo unbedingt Verhandlungen und Einigungen erzielt werden sollten. Wir sollten nicht vergessen: in vier Jahren läuft der einzig verbliebene Rüstungskontrollvertrag, der sogenannte „New-Start-Vertrag“ aus. Und wenn es da keinen Folgevertrag gibt, wird ein nukleares Wettrüsten der Supermächte wahrscheinlicher. Was ich allerdings für einen gravierenden Fehler halte, wenn man sich die Antwort der USA auf die russischen Vertragsentwürfe anguckt, ist, dass die USA darin kein Wort zu Raketenabwehrsystemen gesagt haben, obwohl diese ebenso wie neue Technologien, Überschallraketen und anderes eigentlich laut der Vereinbarung zwischen Putin und Biden vom letzten Juni gemeinsam besprochen werden sollten. Das scheint mir eine mangelnde Bereitschaft der

USA zu zeigen, die US-Raketenabwehr zu begrenzen, obwohl das unzweifelhaft das strategische Gleichgewicht beeinflusst und die Zweitschlagfähigkeit Russlands bedrohen könnte.

Weigelt:

Sag mal, Jerry, „Zweitschlagfähigkeit“ kannst du das auch einmal kurz erklären. Nicht jeder weiß, was damit gemeint ist...

Sommer:

Ja klar, kann ich kurz erklären: Zweitschlagfähigkeit heißt, dass der, der zuerst schießt, als Zweiter stirbt, weil er nach dem Erstangriff sozusagen noch genug Nuklearwaffen hat, um die Gegenseite zu zerstören.

Hagen:

Lasst uns jetzt mal zurück nach Europa kommen. Da haben die USA zugestimmt, über einen Nachfolgevertrag zum INF-Vertrag zu verhandeln. Das ist der Vertrag über ein Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen. Der ist von Trump aufgekündigt worden mit der Begründung, Russland habe eine Rakete mit einer verbotenen Reichweite entwickelt und stationiert, aber auch mit der Begründung, man brauche landgestützte Mittelstreckenraketen in Asien gegen China. Russland hat dann seit Jahren einen Vertrag vorgeschlagen, der zumindest in Europa die Stationierung von neuen landgestützten Raketen der INF Reichweite, also 500 bis 5000 Kilometer, verbietet. Ist hier perspektivisch zumindest eine Rüstungskontrolle möglich?

Sommer:

Ich denke, sie ist möglich und auch notwendig. Darauf haben alle Interviewpartner hingewiesen. Leider haben die USA und die NATO erst jetzt, im Januar - nach dem Aufmarsch der russischen Truppen um die Ukraine herum - solchen von Russland schon seit Jahren vorgeschlagenen Verhandlungen zugestimmt. Der russische Sicherheitsexperte Alexey Gromyko begrüßt das, wenn es zu einem solchen Abkommen käme, weil mit der Stationierung solcher Mittelstrecken-Raketensysteme in Europa auch die sogenannte strategische Stabilität gefährdet wäre. Ob nun atomar oder konventionell bestückt, die Flug-

zeit von in Europa stationierten Raketen betrüge nur 5 bis 7 Minuten, so Gromyko:

O-Ton Gromyko:

“So if we imagine that in Europe there are new strike systems, which can hit, well, Moscow, St. Petersburg on the one side and other European capitals on the other in five to seven minutes, then the concept of strategic stability just loses its sense because there will be no time for the early warning systems to register these launches and then to send all these signals through the chain of commands for the final political decision to take place.”

Sommer:

Gromyko sagt, wenn die Vorwarnzeit nicht 20 bis 30 Minuten, sondern nur 5 bis 7 Minuten beträgt, gibt es keine Möglichkeit mehr für eine politische Entscheidung über einen atomaren Gegenschlag. Und das wäre natürlich höchstgefährlich und destabilisierend.

Hagen;

Aber die NATO hat doch gesagt, sie wolle gar nicht solche Waffen in Europa stationieren.

Sommer

Das ist so, ja, aber dann kann man das doch auch vereinbaren und auch mit Verifikationsmaßnahmen kontrollieren und das schriftlich festlegen. Das ist nicht nur im russischen Interesse, finde ich, sondern vor allem auch im Interesse der europäischen NATO-Staaten. Für die USA ist das sicherheitspolitisch sogar vielleicht eher zweitrangig. Sie wären mindestens nicht als erste von einem Nuklearkrieg in Europa betroffen. Aber ich glaube, es sind auch durchaus Zweifel daran angebracht, dass die USA solche Waffen nicht in Europa stationieren wollen.

Weigelt:

Das hört sich für mich so an, als ob du schon glaubst, dass die USA solche Systeme in Europa stationieren möchte.

Sommer:

Der „Congressional Research Service“, also die offizielle wissenschaftliche Agentur des US-Kongresses, hat erst kürzlich in einer Analyse geschrieben, dass – Zitat - „die US-Army sich gegenwärtig bemühe, Stützpunkte in Europa und im pazifischen Raum für die Long Range Hypersonic Weapons zu sichern“ - Zitat Ende. An diesen US-Überschallwaffen mit einer Reichweite von 2.700 Kilometern wird auch schon gearbeitet. Stationierungsbeschlüsse sind allerdings noch nicht gefasst. Und auch der Sicherheitsexperte der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, Wolfgang Richter, hält es deshalb für dringend geboten, ein Verbot von landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa zu erreichen:

O-Ton Richter:

„Wir sehen ja, dass in Mainz-Kastell bereits das 56 Artillerie Kommando der Amerikaner wieder aufgebaut worden ist. Das war ja mal dazu da, die Pershing II, also die Mittelstreckenraketen, zu führen. Am Ende steht die Grundsatzfrage: werden dort die Long Range Hypersonic Missiles eingesetzt, also die superschnellen ballistischen Raketen? Und wo würden sie stationiert? Und können wir das verhindern? Das ist natürlich eine weitere Eskalationsstufe, gerade wenn man die russischen Sicherheitsbedenken so liest, wie das in den Vertragsentwürfen ja auch gestanden ist, dann weiß man, dass das erneut zur Eskalation beitragen kann. Das müssen wir verhindern.“

Weigelt:

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine werden solche neuen US-Waffen bei den Europäern eher auf Zustimmung stoßen - nämlich als Beitrag, die Abschreckung gegenüber Russland zu stärken. Insbesondere die Osteuropäer werden so eine Stationierung dieser Waffen im Augenblick nicht nur begrüßen, sondern wahrscheinlich auch eher einfordern.

Sommer:

Bisher hat kein Europäer nach einer Stationierung solcher US-Waffen verlangt. Und wenn jemand das fordern sollte, denke und hoffe ich, dass die sich nicht durchsetzen können. Denn die Sicherheit Europas wäre damit nicht größer, sondern geringer - auch die Sicherheit der osteuropäischen NATO-Länder. Deren Sicherheit könnte sogar eher zusätzlich erhöht werden, wenn man das Angebot Russlands, keine Angriffswaffen so zu stationieren, dass sie die andere

Seite erreichen können - so heißt es im Vertragsentwurf - aufgreifen und darüber verhandeln würde.

Hagen:

Nun geht es auch um die neuen russischen Mittelstreckenraketen. Sind die Russen denn bereit, diese zurückzuziehen? Und Russland hat ja auch immer behauptet, dass auch die Raketenabwehrsysteme der USA, die schon in Rumänien sind und bald auch in Polen stationiert werden sollen und gegen den Iran gerichtet sind, auch Mittelstreckenraketen abschießen könnten. Ist denn da überhaupt eine Annäherung in Sicht?

Sommer:

Die Antwort der USA auf einen Vertragsentwurf Russlands lässt das vermuten, dass eine Annäherung in Sicht ist. Da haben die USA nämlich zum ersten Mal ihre Bereitschaft erklärt, die Raketenabwehrstellung inspizieren zu lassen. Das haben sie bisher immer abgelehnt. Und zweitens hat Russland erklärt, solche Inspektionen seiner neuen Raketen, die die NATO für Mittelstreckenraketen hält, zuzulassen. Darüber hinaus hat Russland in seinem Vertragsentwürfen aber eben auch vorgeschlagen, keine Angriffswaffen zu stationieren, die die andere Seite erreichen können. Da müsste man sich einigen, was das für Systeme sind, aber dazu gehören sicherlich auch Systeme, die eine geringere Reichweite als 500 Kilometer haben und zum Beispiel gegenwärtig von Russland in Kaliningrad stationiert sind. Diese wegzuverhandeln wäre ein zusätzlicher Sicherheitsgewinn, besonders für Polen und die anderen nordosteuropäischen Länder. Aber aktuell, während des Krieges, wird sich da überhaupt nichts schieben und auch danach, so nötig es wäre, wird es sicher sehr, sehr schwierig werden. Genauso schwierig wird es bei anderen Rüstungskontrollvorschlägen für die Begrenzung und Entflechtung von Truppen und Waffensystemen an den Grenzen von NATO und Russland werden. Oder für die Begrenzung von Manövern, die in Grenznähe stattfinden. Durch den Angriffskrieg Russlands werden wohl auch die grundsätzlichen Widerstände gegen Rüstungskontrolle innerhalb der NATO größer werden, schätzt Wolfgang Richter:

O-Ton Richter:

„Ich glaube, dass man das machen muss, dass es allerdings politisch jetzt sehr, sehr schwer wird, in echte Verhandlungen einzusteigen über Rüstungskontrolle. Da wird es zurzeit und in absehbarer Zukunft vermutlich in der NATO keinen Konsens geben. Das Beste, was wir im Moment machen können, das sind Maßnahmen, die eher vertrauens- und sicherheitsbildend sind, in Bezug auf die Verhinderung von militärischen Zwischenfällen.“

Sommer:

Militärische Zwischenfälle - damit meint er insbesondere Gefahren, die dadurch entstehen, dass mehr Truppen, mehr Kampfflugzeuge, mehr Kampfschiffe, mehr Militärmanöver in diesen Randgebieten von NATO und Russland stattfinden.

Weigelt:

Also erst einmal keine Chance für eine Wiederbelebung von Rüstungskontrolle?

Sommer:

Solange der Krieg tobt, sehe ich da überhaupt keine Chance. Und auch danach, ist es dringend nötig, meiner Meinung nach, aber es wird sehr schwierig. Und es wird auch dann besonders darauf ankommen, ob Deutschland und Frankreich zusammen sich zu Vorreitern von Rüstungskontrollvorschlägen und von Vorschlägen für eine neue europäische Sicherheitsordnung machen. Und damit auch selbstbewusst sowohl gegenüber den USA, aber auch gegenüber rüstungskontrollkritischeren Ländern, wie manchen baltischen Ländern, auftreten. Denn in puncto Rüstungskontrolle scheint mir eher die vielbeschworene Einheit von EU und NATO ein Klotz am Bein zu sein, als dass das zu mehr Rüstungskontrolle führt. Aber wie gesagt, Rüstungskontrolle ist ein Thema von Morgen. Jetzt geht es erst einmal darum, den Krieg, das Töten, die Invasion Russlands in die Ukraine zu beenden, eine Verhandlungslösung zu finden und eine Eskalation bis hin zu einem NATO-Russland-Krieg zu verhindern. Dazu müssen auch vor allem Russland und die Ukraine von Maximalpositionen abrücken. Aber auch der Westen kann dazu beitragen. Die friedenspolitische Referentin von „Brot für die Welt“, Martina Fischer, meint, dass auch die NATO sich in Bezug auf die Mitgliedschaft der Ukraine bewegen müsse.

O-Ton Fischer:

„Ich glaube, dass es nicht ohne ein Moratorium in dieser Frage der NATO-Mitgliedschaft abgehen wird. Diese Dinge hätte man im Grunde natürlich alle präventiv vorher verhandeln müssen. Ob dieses Angebot alleine jetzt noch wirkt? Ich weiß es nicht.“

Hagen:

Das ist eine höchst umstrittene Auffassung. Vielen Dank, Jerry, für deine Einschätzungen.

Die Langfassung der Interviews mit Wolfgang Richter, Harald Kujat, Alexey Gromyko und Martina Fischer findet ihr/finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.